

# Breslauer



# Zeitung.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20.  
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten  
Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf  
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal  
erscheint.

No. 542. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend den 19. November 1859.

## Telegraphische Nachrichten.

**London, 18. Novbr.** Gestern war Se. königl. Hoh. der Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen von Schloß Windsor nach London gekommen, hatte einer Sitzung der British Association im Buckingham-Palaste präsidirt und ist hierauf wieder nach Windsor zurückgekehrt.

**London, 17. Nov.** Dem „teleg. Bureau von Neuter“ wird aus Paris vom heutigen Tage gemeldet, daß Garibaldi seine Entlassung als General des mittelitalienischen Heeres eingekauft habe. Victor Emanuel hat dieselbe angenommen und Garibaldi zum sardinischen Generalleutnant ernannt.

## Preußen.

**Berlin, 18. November.** [Amtliches.] Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, allergnädigst geruht: dem großherzoglich sächsischen Kammerherrn und Geheimen Legationsrath Freiherrn v. Martens zu Dresden, den rothen Adler-Orden zweiter Klasse, dem Landrath a. D. und Ritterguts-Besitzer v. Salbern-Plattenburg auf Messersdorf im Kreise Lauban, den othen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem emeritirten Kreis-Schul-Inspektor, Pfarrer Wittner zu Mittelwalde im Kreise Habelschwerdt, den rothen Adlerorden vierter Klasse; sowie dem Schul-lehrer Knur zu Simsdorf im Kreise Oppeln, und dem Rohrschleifer-Meister Dahlecke bei der Gewerfabrik zu Spandau, das allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Kalkulator bei der Kontrolle der Staats-Papiere, Albert Dehncke, den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen.

Auf den Antrag des Staatsministeriums in dem Berichte vom 15. Oktober d. J., will Ich die Befugniß zur ausnahmsweisen Ertheilung der ministeriellen Genehmigung zu öffentlichen Verloofungen, welche nach Inhalt der Gesetze vom 20. März 1827 Nr. 3 und vom 5. Juli 1847 § 1 den Ministern des Innern und der Finanzen gemeinschaftlich überwiesen worden ist, hierdurch der alleinigen und ausschließlichen Kompetenz des Ministeriums des Innern übertragen.

Dieser Mein Erlaß ist durch die Gesefsammlung bekannt zu machen.  
Berlin, den 2. November 1859.

Im Namen Seiner Majestät des Königs.  
**Wilhelm, Prinz von Preußen, Regent.**  
von Auerwald. von der Heydt. Simons. von Schleinitz. von Bonin.  
von Patow. Gr. von Bülck. von Bethmann-Hollweg. Gr. von Schwerin.  
(St.-Anz.)

**Berlin, 18. November.** [Die Ausichten auf eine nahe Eröffnung der europäischen Konferenzen] sind in letzter Zeit getrübt, da einmal die Absicht bei mehreren Mächten vorliegt, die italienischen Angelegenheiten zugleich als Ausgangspunkt für Erörterungen über andere Gegenstände der europäischen Politik zu benutzen, und es deshalb sehr schwer werden möchte, eine Verständigung über die Gegenstände der Beratung zu erzielen, und weil auch einer der Hauptgegenstände für die Lösung der italienischen Frage, die Bildung einer Konföderation, dadurch illusorisch geworden ist, daß Neapel die Erklärung abgegeben hat, weder in einen italienischen Bund treten zu wollen, noch überhaupt eine Einmischung in seine innern Staatsangelegenheiten zu gestatten. Daß Oesterreich nicht minder wie Neapel einem italienischen Bunde abgeneigt ist, ergibt sich aus seiner politischen Stellung in dieser Angelegenheit. Allerdings hatten die Großmächte nach der Vereinbarung über die Beschickung der Konferenz die Aufstellung eines bestimmten Programms für die Beratungen nicht für geeignet gehalten, aber wie nach dem Urtheile diplomatischer Kreise die Sache gegenwärtig liegt, scheint der Mangel eines Programms als die Zulässigkeit, jedwede Angelegenheit in die Beratung zu ziehen, interpretirt zu werden. Daraus ergibt sich denn wohl das Irthümliche der Nachricht, daß Rußland und Preußen sich in Breslau geeinigt hätten, auf eine Revision der Verträge von 1815 sich gar nicht einzulassen, nachdem diese doch durch die Errichtung des Napoleonischen Kaiserthums, durch den letzten pariser Frieden, durch die eingetretenen Veränderungen in Italien, durch die Einverleibung Krakaus, die Herstellung Belgiens u. s. w. bereits stark durchlöchert sind. Ueberhaupt bemerkt die Diplomatie, daß allmählig in den Vordergrund der diplomatischen Erörterungen sich wieder die orientalische Frage gedrängt hat. Der Kanal von Suez, die zweifelhafte Stellung der Donaufürstenthümer, Montenegro's, Serbiens zur Türkei bedarf der Regelung. Von hiesigen Correspondenten wird sogar behauptet, Rußland wüßte die Aufhebung der Neutralisation des schwarzen Meeres und wolle diese Angelegenheit auf dem Kongreß zur Sprache bringen. Die italienische Frage dürfte daher auf dem Kongreß, wenn er überhaupt zu Stande kommt, wohl nur in zweiter Stelle, die anderen Fragen dagegen in erster Linie stehen. Bemerkenswerth ist, daß Neapel als bloße europäische Macht zur Beschickung des Kongresses sich bereit erklärt hat.  
(Sp. Ztg.)

**Berlin, 18. Novbr.** [Tageschronik.] Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent wohnte gestern Abend mit Ihren königl. Hoheiten den Prinzen Karl, Albrecht, Georg und anderen hohen Herrschaften der Vorstellung im königlichen Opernhause bei.

Der General Graf v. d. Groeben ist von Marienwerder, der württembergische Kammerherr und Geschäftsträger am russischen Hofe, Baron Emil von Lobstein, von St. Petersburg, und der Geheime Ober-Regierungsrath Olberg von Magdeburg hier angekommen.

Zu den Opern-Aufführungen im neuen Victoria-Theater werden jetzt schon Ebor-Proben abgehalten.

Auf der Anhalter Bahn hat sich gestern Nachmittag folgender Unfall ereignet: Der Güterzug mit Personen, dessen Ankunftszeit in Berlin 5 1/2 Uhr ist, hielt auf dem Stationsorte Trebbin, um daselbst die Signal-Laternen anzusehen. Dem Güterzuge war eine leere Lokomotive gefolgt, und da der Führer derselben voraussetzte, daß der Zug die Stadt Trebbin schon hinter sich habe, so hemmte er in keiner Weise ihren scharfen Lauf. Diese rannte nun mit solcher Heftigkeit in den stehenden Zug hinein, daß die beiden hintersten Wagen nicht nur auf der Stelle zertrümmert waren, sondern auch gleich in hellen Flammen standen, weil sie mit 200 Gr. Zündhölzern beladen waren. Auch der folgende dritte Güterwagen hatte Feuer gefangen, es gelang aber den Beamten, ihn loszukoppeln und in den Graben zu stürzen, wodurch jedes weitere Unglück verhütet wurde. Von den Fahrgästen wurde

nur eine Frau im Gesicht verletzt, das Fahr- und Maschinen-Personal kam, wie wir erfahren, unbeschädigt davon. Der Zug traf erst Abends 7 Uhr 50 Minuten von Trebbin hier ein.  
(Pr. Z.)

**Berlin, 18. Novbr.** [Die Additional-Konvention mit Sardinien.] Eine Correspondenz des „Nord“, welche auch in hiesige Blätter übergegangen ist, behauptet, daß in dem Zusatzvertrage, welchen Preußen, wie wir bereits gemeldet, im Namen des Zollvereins mit Sardinien abgeschlossen hat, die diesseits zugestandene Ermäßigung des Einfuhrzolles für Seide — sie bildet das Gegengewicht für die jenseitige Ermäßigung des Einfuhrzolles für Spiritus — auch auf Mitteleuropa ausgedehnt werden solle, gleichviel ob die Einverleibung dieser Staaten oder nur der Abschluß eines Zollvereins mit Sardinien zu Stande komme. Die Wahrheit ist, daß in dem betreffenden Protokoll die Zusage ertheilt ist: jene Ermäßigung solle auch für diejenigen Staaten gelten, mit welchen Sardinien in eine Zollvereinigung treten würde.  
(Pr. Z.)

— Durch einen Erlaß des Handelsministers vom 13. November, ist die Erweiterung der den königlichen Ober-Post-Direktionen zustehenden Befugniß zur Ertheilung von Konzessionen behufs Einrichtung regelmäßiger Privat-Fuhrgelegenheiten ausgesprochen worden. Der Wortlaut des Erlasses ist:

„Um die Einrichtung regelmäßiger Privat-Fuhrgelegenheiten noch mehr zu erleichtern und zu fördern, will Ich die den königlichen Ober-Post-Direktionen durch den Erlaß vom 27. März d. J. ertheilte Befugniß, derartige Unternehmungen selbständig zu konzessioniren, sofern von dem Unternehmer die Erhebung eines höheren Personengeld-Sabes als 4 1/2 Sgr. pro Person und Meile nicht beansprucht wird, dahin erweitern, daß die königlichen Ober-Post-Direktionen von jetzt ab ermächtigt sein sollen, Konzessionen zur Einrichtung regelmäßiger Fuhrgelegenheiten ohne Rücksicht auf die Höhe des Personengeldsabes, welcher bei dem betreffenden Fuhrwerke zur Erhebung kommen soll, nach eigenem billigen Ermeßen zu ertheilen. Hierbei empfehle Ich den königl. Ober-Post-Direktionen, sich bei Beurtheilung der eingehenden Anträge auf Konzessions-Ertheilungen nicht von zu angänglichen Bedenken leiten zu lassen, sondern das Zustandekommen solcher für den Verkehr oft sehr nützlichen und wohlthätigen Einrichtungen möglichst zu begünstigen. Ganz besonders wird eine solche Begünstigung am Platze sein, wenn das betreffende Privat-Fuhrwerk zur Beförderung von Postsendungen mit benutzt, und auf diese Weise entweder eine vermehrte Postverbindung gewonnen oder eine bestehende kostspielige Post ersetzt und aufgehoben werden kann. Die königlichen Ober-Post-Direktionen werden daher vorzugsweise und unbedingt solche Fuhrgelegenheiten zu konzessioniren haben, welche dazu dienen sollen, den Lokalverkehr zwischen nahe gelegenen Orten zu vermitteln. Denn in diesen Fällen wird es meistens thunlich sein, durch ein zweckmäßiges Arrangement mit dem betreffenden Unternehmer sein Fuhrwerk zur Beförderung von Postsendungen mit zu benutzen, und dadurch die Unterhaltung der sonst erforderlichen, oft täglich mehrmaligen Posten entweder ganz zu ersparen, oder doch wenigstens angemessen zu beschränken. Nach Verlauf von 3 Monaten haben die königl. Ober-Post-Direktionen zu berichten, ob und in welchem Maße in Folge der obigen Anordnung eine Ausdehnung der regelmäßigen Privat-Transport-Anstalten in ihren resp. Bezirken stattgefunden hat, in welcher Ausdehnung dieselben zur Beförderung von Postsendungen benutzt werden, und welche Posten in Folge dessen als entbehrlich haben aufgehoben werden können. Uebrigens bleiben die vorgeschriebenen fortlaufenden Anzeigen über die Ertheilten, resp. über die erlassenen Konzessionen nach wie vor an das Cours-Bureau des General-Post-Amtes zu erstatten. Berlin, den 13. November 1859. Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, von der Heydt. — An sämtliche königl. Ober-Post-Direktionen.

## Deutschland.

**Frankfurt, 18. November.** Wie man von hier meldet, ist es nicht richtig, daß Baiern sich in der Bundestagsitzung vom 12. d. bezüglich der kurhessischen Verfassungsfrage an Sachsen „angeschlossen“ habe. Es könne das schon formell nicht, weil Baiern bei den Abstimmungen Sachsen vorangehe; aber auch die weitere Angabe ieniger Blätter, Baiern sei ohne Instruktion gewesen, ist eine irrige, denn der betreffende Gesandte hat in seiner kurzen Erklärung für Rückverweisung der Angelegenheit an den Ausschuß gestimmt, während Sachsen mehr einen Mittelweg (thunlichste Erhaltung der bundesmäßigen Bestimmungen der 1831er Verfassung) vorschlug.

Für die gestrige Bundestagsitzung stand, wie dem „N. C.“ aus Frankfurt geschrieben wird, eine Erklärung der kurhessischen Regierung in Aussicht, des Inhalts, daß der Kurfürst, falls etwa die Bundesversammlung beschließen sollte, daß sie die von ihr i. J. 1852 für bundeswidrig erachtete Verfassung von 1831 jetzt für bundesmäßig, dagegen die damals als bundesmäßig anerkannte Verfassung von 1852 jetzt für bundeswidrig erkenne, einem solchen Beschlusse sich mit derselben Bereitwilligkeit fügen werde, wie früher, daß er aber, da er diesen Beschluß nicht als möglich zu denken im Stande sei, gleichwie er den durch den früheren Bundesbeschluß ihm auferlegten Pflichten nachgekommen, so auch an den ihm dadurch erwachsenen Rechten festhalten werde. Uebrigens hat die Regierung bis jetzt noch nicht formell ihre Zustimmung zu den früheren Aufschußanträgen zu erkennen gegeben.

**Mörfeld, 15. November.** Heute wurde, wie dem „Fr. Journ.“ geschrieben wird, im Landtage der Kurhessische Antrag die kurhessische Verfassungsfrage betreffend, verhandelt und durch den Abgeordneten Severin folgender Aufschuß-Bericht erstattet:

„Die traurigen Zustände des öffentlichen Lebens in Kurhessen und die Veranlassungen dazu sind allgemein bekannt und ich hier nur kurz zu erinnern, daß die bis zum Jahre 1852 in Kraft bestandene Verfassung von 1831 durch Bundesbeschluß vom 27. März 1852 außer Wirksamkeit gesetzt wurde, daß darauf hin die kurhessische Regierung im April desselben Jahres eine neue Verfassung nebst Wahlgesetz entwarf und daß es derselben seit jener Zeit nicht gelungen ist, die nachträgliche Zustimmung der Stände zu diesen Gesetzen zu erhalten. So lange ein solcher rechtlicher Zustand besteht, besteht aber auch eine Gefahr für die Ruhe sämtlicher Länder des deutschen Bundes und sogar für das monarchische Prinzip selbst, so daß es als eine unabwiesbare Pflicht der Regierung erscheint, auf Mittel zu suchen, die dazu geeignet sind, einen dauernden Rechtszustand in Kurhessen wieder aufzurichten. Diese wird von den Regierungen auch nicht verkannt und finden jetzt gerade lebhafteste Erörterungen am Bundestage statt zur Erledigung dieser Angelegenheit. Dabei ist nicht abzulehnen, wie aus dem früher eingeschlagenen Wege eine beruhigende definitive Erledigung dieser Verfassungswirren erzielt werden könnte, und in der Ueberzeugung hiervon hat die Krone Preußen beim Bunde den Antrag gestellt, die Verfassung von 1831 wieder in Wirksamkeit zu setzen und die Beilegung der etwaigen bundeswidrigen Bestimmungen derselben danach auf verfassungsmäßigem Wege zu bewirken. Ihr Aufschuß, überzeugt davon, daß dieses der einzige Weg ist, der dazu führen

kann, einen Boden für das öffentliche Recht in Kurhessen wieder zu gewinnen, glaubte auf den Antrag des Abgeordneten Wirths eingehen zu müssen und stellt bei der hohen Versammlung den Antrag, „dieselbe möge die Regierung ersuchen, ihren Gesandten am Bundestage zu instruiren, daß er bei der Beratung und Beschlußfassung über die kurhessische Angelegenheit dahin wirke und stimme, daß die Verfassung von 1831 wieder in Wirksamkeit gesetzt werde.“

Nach Verlesung dieses Berichts wurde auf Antrag der Regierung die Sitzung in eine vertrauliche verwandelt, und nach derselben vom Abg. Wirth der Antrag gestellt: „Stände beschließen, nach der durch Herrn Geh.-Rath Winterberg in vertraulicher Sitzung gemachten Mittheilung, den von mir so wie den vom Ausschusse gestellten Antrag zu reponiren.“ Welcher Antrag zum Beschluß erhoben wurde. Was Geh.-Rath Winterberg in der vertraulichen Sitzung an Erklärungen, Erläuterungen u. s. w. abgegeben hat, ist bis jetzt noch nicht bekannt geworden.

## Italien.

**Rom, 8. November.** [Eine außerordentliche Cardinal-Congregation] ist gehalten worden; sie soll durch die vorausgegangenen Audienzen des Herzogs v. Grammont im Vatican veranlaßt worden sein. Das h. Kollegium wurde darin amtlich von allem unterrichtet, was der Kaiser der Franzosen für die Romagna jetzt befürwortet; dabei kamen Artikel zur Sprache, welche bisher reservirt waren. Der Herzog bereitet sich zu einer neuen Reise nach Paris vor, dem Kaiser Mittheilungen zu machen. Er würde wohl schon morgen dahin abgehen, hielt ihn nicht ein Unfall in seiner Familie — sein Sohn brach ein Bein — für den Augenblick noch hier zurück. Daß die vier Legationen wieder päpstlich sind, wenn die Frühlingssonne ins Land scheint, das bezweifeln hier jetzt nur noch Wenige. Ich glaube verbürgen zu können, daß der Papst bereit ist, mit der Romagna dem ganzen Kirchenstaat eine freiere Municipal-Verfassung zu gewähren. Die Regierungs-Interessen und gubernativen Kompetenzen sollen darin in einer weit milderen Form praktisch vertreten sein, als bisher. Was über das Programm der beabsichtigten Zugeständnisse weiter ausgereutet wird, ist halb wahr, oder beruht ganz auf Vermuthungen. Diese Wendung der Dinge ist übrigens Mitursache, daß die Regierung mit ihrer Denkschrift bisher nicht hervortreten mochte. Im Cardinal-Kollegium, wo Frankreich doch einige, wenn auch nur zwei bis drei Gönner hat, besorgt man, die Denkschrift könnte in Paris übel aufgenommen werden, da sie die Bemerkungen des Kaisers für den Cardinal und Erzbischof von Bordeaux in ihrem Rom anklagenden Theile Lügen strafen müßte. Zu diesen friedlicheren Ausichten stimmen die aus dem Hauptquartier der päpstlichen Truppen einlaufenden Nachrichten freilich nur wenig. Dort besorgt man täglich, mit den Gegnern handgemein zu werden, und Flintenschüsse werden zwischen den Vorposten nicht selten gewechselt. Gestern ging sogar von hier noch eine Anzahl Chirurgen und Aerzte zum Feld-Bazareth nach Pesaro ab, die man vorfichtshalber dort verlangt hatte.  
(K. Z.)

[Die turiner Lösung,] wonach der Prinz von Carignan die ihm angebotene Regentenschaft auf Buoncompagni überträgt, wird vollständig vom Kaiser der Franzosen mißbilligt, und die französische Regierung hat sich beeilt, ihren Mißmuth sofort in Turin und in Mittel-Italien kund zu geben. So wird der „Independance belge“ aus Paris, 16. November, Abends, telegraphirt. Dagegen ist der Eindruck, den die Antwort des Prinzen von Carignan gemacht hat, laut einer telegraphischen Depesche aus Bologna vom 15. Abends ein ausgeglichener gewesen. Dictator Farini hat seine Amtsthätigkeit durch ein Dekret eröffnet, worin er das Inquisitions-Tribunal, das heilige Officium, abschafft. In Turin wurde die Ratifizierung der Züricher Verträge zum nächsten Sonntag erwartet. Sobald dieselbe erfolgt, also der Friedensstand vollkommen hergestellt ist, hören die unbeschränkten Vollmachten des Königs auf, und die Verfassung tritt von Neuem in Kraft. Auf diesen Moment harret die piemontesische Presse, die unter dem Ausnahme-Systeme kurz gehalten wurde, um sich freier über die Thaten und Nichtthaten des Kabinetts auslassen zu können. Uebrigens ist die Stimmung der besitzenden Klassen noch immer eine sehr gebogene, wie die Unterzeichnungen für die National-Anleihe beweisen. Bekanntlich wurde dieselbe zum Course von 80 pSt. ausgegeben. Die eingegangenen Unterzeichnungen belaufen sich auf 20 Millionen Rente, die in drei Unterzeichner-Klassen nach folgenden Verhältnissen vertheilt werden sollen: Die ursprünglichen Uebernehmer erhalten 47 pSt., die, welche bis zum fünften Tage unterzeichneten, 22 pSt., und die späteren Unterzeichner 10 pSt. Was den Unwillen der französischen Regierung betrifft, so geht uns aus Paris die Nachricht zu, der Telegraph habe auf eingegangene Mittheilung umgehends eine heftige Note nach Turin geschleudert, sei aber doch zu spät gekommen, da Buoncompagni bereits auf seinen neuen Posten abgereist und „procul a Jove“ war.

Ueber die Congreß-Ausichten lauten unsere heutigen Nachrichten wiederum sehr widersprechend. Die „Independance belge“ behauptet, man gebe sich zwar Mühe, den Congreß zum 15. Decbr. zusammen zu bringen, bis jetzt jedoch sei man noch zu keinem Beschlusse in dieser Sache gelangt: „Nicht nur ist Englands Zutritt noch nicht erfolgt, sondern es ist auch weder eine offizielle Anzeige noch eine offizielle Einladung an die Mächte, die sich am italienischen Kriege nicht betheiligt hatten, ergangen.“ Die „Independance“ räumt sich ihrer Ungläubigkeit in der Congreß-Frage und beruft sich namentlich auf die Befehung desjenigen ihrer pariser Correspondenten, der bisher die Zweifel der Redaction als durchaus grundlos zu bekämpfen pflegte. Dagegen wird uns aus Paris geschrieben: „Die Meldung von dem Zusammentritte des Congresses am 15. Decbr. tritt heute mit beinahe kategorischer Bestimmtheit auf. Die präliminäre Zustimmung Englands soll schließlich auf der schon früher angedeuteten Basis einer neuen Volkswahl in den Herzogthümern erlangt worden sein. In dessen wird die offizielle Einladung an die auf dem Congresse zu vertretenden Regierungen kaum vor dem 22. d. ergehen können, indem der Ratification-Austausch der Züricher Verträge erst am 21. stattfindet.“



